



Rathaus Umschau

Freitag, 7. März 2025

Ausgabe 46

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder Push-Nachricht
unter muenchen.de/ru-abo*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Meldungen	3
› Das Rathaus zeigt Flagge zum Internationalen Frauentag am 8. März	3
› Orange Bank am Viktualienmarkt: Ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen	5
› Statistisches Amt feiert 150-jähriges Bestehen mit Festschrift	6
› Entwicklung Candidplatz: Infoabend und Bürger*innen-Dialog	8
› Moosacher St.-Martins-Platz: Wettbewerb entschieden	9
› Nationaler Gedenktag für die Opfer terroristischer Gewalt	10
› Vortrag „Das Betriebssystem Kunst in München nach 1945“	10
› Filmmuseum zeigt die besten deutschen Filme 2024	11
› Bauzentrum: „Der individuelle Sanierungsfahrplan im Überblick“	12
› Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche	12
Baustellen aktuell	13
Antworten auf Stadtratsanfragen	18
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Sonntag, 9. März, 10 Uhr, Sportpark Freiham, Halle B, Hans-Dietrich-Genscher-Straße 15

Stadträtin Barbara Likus (SPD/Volt-Fraktion) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters ein Grußwort im Rahmen der Oberbayerischen Meisterschaft 2025 im Boxen.

Wiederholung

Sonntag, 9. März, 16.30 Uhr, Festsaal im Alten Rathaus

Stadtrat Professor Dr. Jörg Hoffmann (FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters ein Grußwort anlässlich der Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit. Die Woche der Brüderlichkeit ist eine seit 1952 jährlich im März stattfindende Veranstaltung für die christlich-jüdische Zusammenarbeit in Deutschland.

Wiederholung

Montag, 10. März, 12 Uhr, Urban Colab, Freddie-Mercury-Straße 5

Stadträtin Sybille Stöhr (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters ein Grußwort zur Eröffnung der Fachtagung des Verbands Deutscher Städtestatistik, die in diesem Jahr von der Stadt München ausgerichtet wird. Die dreitägige Veranstaltung bietet Statistiker*innen aus ganz Deutschland die Möglichkeit, sich über die neuesten Methoden der statistischen Datenerhebung und-analyse auszutauschen.

Montag, 10. März, 15 Uhr, Georg-Brauchle-Ring 29

Bürgermeisterin Verena Dietl eröffnet anlässlich der Frauenwoche im Abfallwirtschaftsbetrieb München die Wanderausstellung „Frauen in München – Visionärinnen, Aktivistinnen, Wegbereiterinnen“. Im Anschluss wird die Historikerin und Kuratorin Adelheid Schmidt-Thomé eine Einführung geben.

Achtung Redaktionen: Der Termin ist für Foto- und Videoaufnahmen geeignet. Um Anmeldung per E-Mail an presse.awm@muenchen.de wird gebeten.

Wiederholung

Dienstag, 11. März, 19 Uhr, Altes Rathaus

Anlässlich des Jubiläums „150 Jahre Statistisches Amt München“ wird im Rahmen eines Empfangs offiziell die gleichnamige, rund 300 Seiten umfassende Festschrift präsentiert. Es sprechen Bürgermeister Dominik Krause

und Uta Thien-Seitz, Leitung des Statistischen Amtes, sowie der frühere Präsident des Statistischen Bundesamts und Generaldirektor von Eurostat, Professor Dr. Walter Radermacher. Darüber hinaus sind unter anderem der vom Statistischen Amt ermittelte millionste Münchner Bürger, Thomas Seehaus, beziehungsweise die 1,5 millionste Bürgerin, Amelia Meyer, anwesend.

Achtung Redaktionen: Der Termin ist für Fotografen geeignet. Da es sich um eine geschlossene Veranstaltung mit geladenen Gästen handelt, ist eine Akkreditierung bis spätestens Montag, 10. März, per E-Mail an redaktion.statamt@muenchen.de erforderlich. Es wird darum gebeten, sich am Eingang mit dem Presseausweis auszuweisen. Alle Medienvertreter*innen, die an diesem Abend anwesend sind, erhalten ein Rezensionsexemplar der Festschrift.

Meldungen

Das Rathaus zeigt Flagge zum Internationalen Frauentag am 8. März

(7.3.2025) Seit über 100 Jahren wird am 8. März weltweit auf Frauenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und bestehende Diskriminierungen aufmerksam gemacht. Auch das Münchner Rathaus wird deshalb zum Internationalen Frauentag am 8. März Flagge zeigen.

Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Der Internationale Frauentag ist ein bedeutsamer Tag, um sowohl die Errungenschaften auf dem Weg zur Geschlechtergerechtigkeit zu feiern als auch die Bereiche zu beleuchten, in denen noch Handlungsbedarf besteht! In München gibt es ein großes und sehr gut funktionierendes Netzwerk von Einrichtungen und Projekten, die für Gleichberechtigung eintreten und arbeiten. Darüber bin ich sehr froh und das macht mich auch stolz. Die Stadt München steht dafür im Hintergrund als Garant für das Ziel von Geschlechtergerechtigkeit und Solidarität und bietet in ihrem möglichen Rahmen vielfältige Unterstützung. Anlässlich des Internationalen Frauentags setzen wir symbolisch ein Zeichen der Solidarität und beflaggen das Rathaus. Herzlichen Dank an alle Frauen, die unsere Stadt mit ihrer Kraft und ihrem Engagement jeden Tag bereichern!“ Zum Internationalen Frauentag erklärt die städtische Gleichstellungsstelle für Frauen: „Zunächst ging es dabei vor allem um die Durchsetzung des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen. Lange Kämpfe waren erforderlich, bis das Wahlrecht für Frauen in ganz Europa errungen war, Schlusslicht war Liechtenstein im Jahre 1984.

Ist die politische Repräsentanz und gleichberechtigte Teilhabe an Entscheidungen von Frauen heute umgesetzt?

Erst vor zwei Wochen fanden in Deutschland die Bundestagswahlen statt. Im neuen Bundestag sind weniger als ein Drittel der Abgeordneten Frauen. Von den 630 Abgeordneten, die in den 21. Bundestag einziehen, sind 204 Frauen. Ihr Anteil liegt mit 31,2 Prozent noch niedriger als nach der Wahl 2021 (34,7 Prozent).

Und das liegt nicht an den fehlenden Frauen. Es gibt sie in allen Parteien, auch mit dem Wunsch zur Kandidatur. Es liegt an der Benachteiligung im Rahmen der Nominierung.

Nur die Tatsache, dass drei Parteien ihre Wahllisten „freiwillig“ paritätisch aufstellen, führt dazu, dass der Frauenanteil im Bundestag nicht noch mehr schwindet.

Gleichberechtigung darf nicht nur auf dem Papier stehen, sie muss auch verwirklicht werden, denn Gleichberechtigung ist ein Kernbestandteil der Demokratie. Wir haben in unserer Geschichte leidvoll erfahren, wie schnell Demokratie ins Wanken kommen kann. Und es sind die Frauenrechte, die in wirtschaftlichen und politischen Krisen mit als erstes beschnitten werden. Blicken wir zurück: Der Frauentag in Deutschland wurde 1933 von den Nationalsozialisten komplett verboten.

Ein Blick in die Gegenwart: Auch 76 Jahre nach Inkrafttreten des Art. 3 Grundgesetzes ist die Gleichstellung der Geschlechter nicht wirklich umgesetzt. Ein Gender Pay Gap von 16 Prozent und ein Gender Pension Gap von über 40 Prozent führen dazu, dass jede 5. Frau von Altersarmut bedroht ist. Und eine sehr erschreckende Entwicklung ist die Tatsache, dass Gewalt gegen Frauen zugenommen hat: 2023 wurde fast jeden Tag eine Frau von ihrem Ex-/Partner getötet, 360 Femizide in einem Jahr in Deutschland! Wenn wir für jede dieser Frauen eine Gedenkminute einlegen wollten, müssten wir sechs Stunden lang schweigen.

Ein Blick in die Zukunft: Wollen wir eine solidarische Gesellschaft, in der Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Behinderung diskriminierungsfrei und gleichberechtigt leben? Dann müssen wir etwas dafür tun.

In ganz Deutschland gab es in den vergangenen Monaten viele große Demonstrationen für eine demokratische Gesellschaft und gegen Diskriminierung, in München zuletzt mit rund 300.000 Menschen auf der Theresienwiese. Das macht Hoffnung! Eine demokratische Gesellschaft kann nur bestehen, wenn sie sich nicht spalten lässt, sondern Unterschiede aushält, für Menschenrechte einsteht und solidarisch ist.

Frauenrechte sind Menschenrechte. Der Internationale Frauentag ist auch heute noch ein sehr aktueller und ein sehr wichtiger Aktionstag, denn aus dem Weltbevölkerungsbericht 2024 geht hervor, dass die Rechte von Frauen, Mädchen und geschlechtsdiversen Menschen weltweit weiter zurückgedrängt werden.“

Orange Bank am Viktualienmarkt: Ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen

(7.3.2025) Am Viktualienmarkt wurde eine Orange Bank aufgestellt – als ein starkes Zeichen gegen Gewalt an Frauen. Die Aktion ist Teil der weltweiten Kampagne „Zonta says NO“, die sich gegen geschlechtsspezifische Gewalt einsetzt. Die Initiative macht das Thema auch außerhalb der internationalen Aktionstage gegen Gewalt an Frauen sichtbar und knüpft an den Internationalen Frauentag an.

Sie unterstützt die Umsetzung der Istanbul-Konvention, ein völkerrechtlich bindendes Abkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Obwohl Deutschland die Konvention ratifiziert hat und der Bundesrat am 14. Februar dem Gewalthilfegesetz zugestimmt hat, tritt der Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung erst 2032 in Kraft.

Die Bank steht am Markteingang Ecke Rosental und Viktualienmarkt-Fahrbahn, zwischen Leo's Obststandl und Café Nymphenburg. Sie wurde im Rahmen des Projekts „Zonta says NO“ gesponsort.

Bürgermeisterin Verena Dietl: „Die Orange Bank am Viktualienmarkt steht symbolisch für die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Verbesserung des Frauenschutzes konsequent umzusetzen und Gewalt gegen Frauen in unserer Gesellschaft nicht hinzunehmen.“

Kommunalreferentin Jacqueline Charlier, 1. Werkleiterin der Märkte München: „Besucher*innen des Viktualienmarkts sind herzlich eingeladen, auf der Orangen Bank Platz zu nehmen. Mit dem QR-Code gibt es Informationen zum Thema Gewalt an Frauen. Die Bank setzt ein leuchtendes Zeichen der Unterstützung und macht die Bedeutung des Themas im öffentlichen Raum – passend zum Weltfrauentag am 8. März – sichtbar.“

Kira Weißbach, 2. Werkleiterin der Märkte München: „Das Gruppenbild zeigt, dass die Stadtverwaltung zu großen Teilen weiblich ist. Wir Frauen stellen uns sichtbar gegen die Gewalt an Frauen. Ich bin stolz darauf, eine Orange Bank auf dem Viktualienmarkt zu haben. Weitere Standorte sind in Planung.“

Dr. Ursula Wandler, Arbeitsgruppe „Zonta says NO“: „Zonta International und die vier Münchner Zonta Clubs setzen mit orangefarbenen Bänken im öffentlichen Raum ein deutliches Zeichen gegen Gewalt an Frauen. Diese Aktion soll die Bevölkerung sensibilisieren und auf wichtige Hilfsangebote aufmerksam machen. Wir danken den Märkten München für ihre solidarische Unterstützung: Die Aufstellung einer weiteren orangefarbenen Bank am Internationalen Frauentag schafft an diesem zentralen Ort ein bleibendes Symbol für alle Münchner* sowie Besucher*innen der Stadt.“

Gabriele Nuss, stellvertretende Leitung der Gleichstellungsstelle für Frauen: „Diese Orange Bank steht als Symbol gegen Gewalt an Frauen. So wird die Problematik nicht nur am Internationalen Tag gegen Gewalt an

Frauen sichtbar, sondern täglich. Im Herzen Münchens, auf dem Viktualienmarkt, erzielt sie für alle, die hier leben und alle, die München besuchen, tatsächlich internationale Strahlkraft.“



*Die Orangene Bank auf dem Viktualienmarkt setzt ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen
(Foto: Kommunalreferat)*

Statistisches Amt feiert 150-jähriges Bestehen mit Festschrift

(7.3.2025) Wenn eine städtische Behörde 150 Jahre alt wird, dann hat sie viel zu erzählen: Wohl deshalb ist die Jubiläums-Festschrift des Statistischen Amtes rund 300 Seiten lang und 1,25 Kilogramm schwer geworden. Quasi druckfrisch überreichte Amtsleiterin Uta Thien-Seitz bei einem Fototermin das allererste Exemplar an Oberbürgermeister Dieter Reiter, der sich über das fertige Werk freut: „Ich werde dieses Buch mit Interesse durchlesen, schließlich haben sich die Mitarbeiter*innen des Statistischen Amtes hier als Autor*innen viel Mühe gemacht und interessante, teils auch bislang unbekannte Geschichten, Anekdoten und vor allem Zahlen aus der Münchner Stadtgeschichte zusammengetragen.“

Inhaltlich erwartet die Leser*innen ein breites Spektrum Münchner Stadtgeschichte: zunächst einmal natürlich die des Statistischen Amtes im Wandel der Zeit. Wer gründete das Amt, welche Standorte hatte die Behörde und welche technische Entwicklung nahm es bis heute? Darüber hinaus beinhaltet die Festschrift jede Menge historische Statistiken beziehungsweise Grafiken, zum Beispiel zum damaligen Rückgang der Pferdefuhrwerke im Vergleich zur gleichzeitigen Zunahme der Automobile.

Sie liefert Antworten darauf, was es mit dem „Münchner Bierherz“ auf sich hatte, wer den Werbeslogan „Weltstadt mit Herz“ prägte und wie der millionste Bürger der Stadt ermittelt wurde. Kapitel mit aufschlussreichen Daten zur Flächen- und Bevölkerungsentwicklung, zum Wohnungsbau beziehungsweise Verkehr oder Fakten zu Pandemien, dem Tourismus sowie den beliebtesten Vornamen der „Münchner Kindl“ sind ebenfalls enthalten. Apropos: Gleich am Anfang der Festschrift führt das Münchner Kindl höchstpersönlich – mit einem leichten Augenzwinkern – ein Interview mit der aktuellen Amtsleitung Uta Thien-Seitz.

Alle, die an einem kostenfreien Exemplar der Festschrift interessiert sind: Sie ist ab Donnerstag, 13. März, in der Stadt-Information erhältlich beziehungsweise zum Download abrufbar unter <https://stadt.muenchen.de/infos/statistik-150-jahre.html>.

Zum ersten Mal der Öffentlichkeit präsentiert wird die Festschrift am Dienstag, 11. März, 19 Uhr, im Rahmen eines Empfangs mit geladenen Gästen im Alten Rathaus. Es sprechen Bürgermeister Dominik Krause, Uta Thien-Seitz, Leitung des Statistischen Amtes, sowie der frühere Präsident des Statistischen Bundesamts und Generaldirektor von Eurostat, Professor Dr. Walter Radermacher.

Darüber hinaus sind unter anderem der vom Statistischen Amt ermittelte millionste Münchner Bürger, Thomas Seehaus, beziehungsweise die 1,5 millionste Bürgerin, Amelia Meyer, anwesend.

(Siehe auch unter Terminhinweise)



Amtsleiterin Uta Thien-Seitz überreichte Oberbürgermeister Dieter Reiter das allererste Exemplar der Jubiläums-Festschrift des Statistischen Amtes (Foto: Michael Nagy/Presseamt)

Entwicklung Candidplatz: Infoabend und Bürger*innen-Dialog

(7.3.2025) Ein isarnahes, gut erschlossenes, nicht bebautes Areal mit Entwicklungspotenzial – das sind die städtischen Flächen am südlichen Candidplatz. Hier sollten früher Autos parken, heute treffen sich junge Menschen zum Skaten und Basketballspielen, auch eine temporäre Kindertagesstätte und eine Grünanlage mit Spielplatz nutzen die über zwei Hektar großen Flächen. Wie geht es künftig mit diesem Grundstück an der Candid- und Schönstraße weiter? Am Mittwoch, 12. März, stellt das Referat für Stadtplanung und Bauordnung eine städtebauliche Machbarkeitsstudie vor, die mögliche Entwicklungen in einem Vortrag zeigt. An diesem Abend können sich alle Interessierten über den aktuellen Planungsstand informieren und in einem anschließenden Bürger*innen-Dialog Ideen für die künftigen Nutzungen einbringen. Die Veranstaltung findet in der Städtischen Sporthalle an der Säbener Straße 49 von 18 bis 21 Uhr statt. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Rund um den Candidplatz hat sich in den letzten Jahren schon viel getan. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung ist nun beauftragt, für die städtischen Flächen in Untergiesing langfristige, zukunftsorientierte Nutzungsperspektiven zu entwickeln. Dabei bleibt die Grünfläche am Auer Mühlbach im Osten des Geländes in jedem Fall erhalten. Für die bislang nur temporär genutzten Flächen an der Ecke Schönstraße/Candidauffahrt wurde eine städtebauliche Machbarkeitsstudie erstellt. Sie zeigt mögliche Konzepte für eine Bebauung, insbesondere für den Wohnungsbau, und stellt auch die Anforderungen an den Lärmschutz dar. Zugleich untersucht die Studie mögliche Flächen für das Jugendspiel und auf welche Weise sich bestehende und neue Nutzungen miteinander verbinden lassen. Diese Planungsansätze sollen nun mit den Bürger*innen besprochen werden.

Die Veranstaltung bietet allen Interessierten die Gelegenheit, sich zu einem sehr frühen Zeitpunkt der Planung umfassend zu informieren. Nach Vorträgen zu den Rahmenbedingungen und Möglichkeiten in der weiteren Planung können sich die Bürger*innen in einem Rundgang mit Vertreter*innen der Stadtverwaltung und weiteren Fachleuten austauschen und ihre Ideen und Anregungen einbringen. Auch Mitglieder des Bezirksausschusses 18 Untergiesing-Harlaching sind anwesend. Die Erkenntnisse aus der Veranstaltung werden in die Entwicklung von Planungszielen für einen späteren Stadtratsbeschluss einfließen.

Moosacher St.-Martins-Platz: Wettbewerb entschieden

(7.3.2025) Der St.-Martins-Platz ist das „Herz“ des Stadtteils Moosach. Seine künftige Gestaltung ist deshalb eines der wichtigsten Projekte der Stadtsanierung. Das Projekt wird im Rahmen des seit 2021 laufenden Sanierungsgebiets Moosach umgesetzt. Kürzlich wurde hierzu der städtebauliche und freiraumplanerische Wettbewerb für das rund vier Hektar große Planungsgebiet durchgeführt, der nun der erste Meilenstein dieser Entwicklung ist.

Für Moosach hat die Stadtteilkultur eine wichtige soziale Funktion. Sie aktiviert und integriert die Bürgerschaft mit ihren verschiedenen sozialen und kulturellen Hintergründen. Daher ist neben der eigentlichen Platzgestaltung und der Qualifizierung der umliegenden Freiflächen der Neubau eines vor Ort seit Langem gewünschten Kultursaals als Ergänzung zum „Pelkovenschlössl“ und dem historischen „Hacklhaus“ das Kernstück der Wettbewerbsaufgabe. Als künftige zentrale Einrichtung für kulturelle Veranstaltungen in Moosach kommt ein solcher Neubau mit Veranstaltungsraum den Bedarfen der Bevölkerung und der örtlichen Vereine sowie den Wünschen des Bezirksausschusses nach.

Der Wettbewerb zielt somit auf ein stimmiges Gesamtkonzept für den Moosacher St.-Martins-Platz und sein Umfeld. Das Ziel des behutsamen Einfügens einer Neubaukubatur für einen Kultursaal in das denkmalgeschützte Ensemble mit Erhalt der bereits bestehenden Nutzungen steht dabei im Vordergrund. Komplettiert wird dieses Ziel durch die geplante Unterbringung einer Azubi-Wohnnutzung, die Neuordnung und Steigerung der Attraktivität der Freiflächen, die Stärkung der Fuß- und Radwegverbindungen sowie die inklusive Ausgestaltung und die städtebauliche Entwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit und der städtischen Klimaschutzziele.

Das Preisgericht, in dem auch Mitglieder des Stadtrats und des Bezirksausschusses sowie Stadtbaurätin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk und Baureferentin Dr.-Ing. Jeanne-Marie Ehbauer mitwirkten, hat am 20. Februar unter dem Vorsitz von Professor Johannes Kappler aus elf eingereichten Arbeiten fünf Preisträger*innen ausgewählt, die die Wettbewerbsaufgabe am überzeugendsten gelöst haben:

- 1. Preis: Helsinki Zürich Office Architektur und Städtebau GmbH, Zürich mit BÖE Studio GmbH, Zürich
- 2. Preis: Schellenberg + Bäumler Architekten GmbH, Dresden mit Lohrengel Landschaft GbR, Berlin mit Liem Palme, Berlin
- 3. Preis: roedig.schop architekten PartG mbB, Berlin mit zaharias landschaftsarchitekten, München
- Anerkennung: Mijaa Raummanufaktur Architekten PartG mbB, Darmstadt mit Büro Hink Landschaftsarchitektur GmbH, Schwaigern

- Anerkennung: bogevischs büro, Architektur und Stadtplanung GmbH, München mit grabner huber lipp landschaftsarchitekten und stadtplaner, Freising

Die Wettbewerbsbeiträge werden im Rahmen einer Ausstellung im Stadtteil veröffentlicht. Datum und Räumlichkeiten werden bekanntgegeben.

Nähere Informationen dazu sind in Kürze auch unter <https://stadt.muenchen.de/infos/sanierungsgebiet-moosach.html> sowie stadtsanierung-moosach.de/startseite.html erhältlich.

Im Anschluss an den Wettbewerb wird der Entwurf in einer Rahmenplanung weiter konkretisiert. Das Ergebnis fließt als Sanierungsziel in das Integrierte Stadtteilentwicklungskonzept des Sanierungsgebiets Moosach ein.

Das Wettbewerbsverfahren wurde als Projekt der Stadtsanierung mit Mitteln aus dem Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ gefördert.

Unter www.stadtsanierung-moosach.de wird der Stadtsanierungsprozess virtuell begleitet. Interessierte Bürger*innen können sich aber auch weiterhin im Stadtteilladen in der Dachauer Straße 270b zu den Themen rund um die Stadtsanierung in Moosach beraten lassen und werden dort auch künftig das Angebot der Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung (MGS) wahrnehmen können.

Nationaler Gedenktag für die Opfer terroristischer Gewalt

(7.3.2025) Am Dienstag, 11. März, wird der „Nationale Gedenktag für die Opfer terroristischer Gewalt“ begangen. Aus diesem Anlass tragen alle Dienstgebäude Trauerbeflaggung.

Vortrag „Das Betriebssystem Kunst in München nach 1945“

(7.3.2025) Am Sonntag, 9. März, findet von 11 bis 12.15 Uhr im Zentralinstitut für Kunstgeschichte, Vortragssaal 242 im 2. Stock, Katharina-von-Bora-Straße 10, ein Vortrag der Veranstaltungsreihe „KUNST-SONNTAG im Zentralinstitut für Kunstgeschichte – KUNST-GESCHICHTE entdecken: Das Betriebssystem Kunst in München nach 1945“ im Rahmen des Programms „1945-2025 Stunde Null“ statt.

2023/2024 widmeten sich das Münchner Stadtmuseum („München Displaced. Heimatlos nach 1945“) und das Jüdische Museum („München Displaced. Der Rest der Geretteten“) dem Schicksal und den Erzählungen der etwa hunderttausend „DPs“, also den ehemaligen Zwangsarbeiter*innen, Kriegsgefangenen, politischen KZ-Häftlingen sowie Geflüchteten.

Die Kuratorinnen Karolina Novinscak Kölker (Stadtmuseum) und Jutta Fleckenstein (Jüdisches Museum) fassen die Hauptthemen der Ausstel-

lungen zusammen. Anschließend stellt Veronika Skip die Kernthesen ihrer laufenden Doktorarbeit zu ukrainischen Künstlerinnen und Künstlern in den DP-Lagern der drei westlichen Besatzungszonen 1946–1948 vor. Die Teilnahme ist frei. Der Zutritt ist nicht barrierefrei.

Filmmuseum zeigt die besten deutschen Filme 2024

(7.3.2025) Die Filmkritiker*innen Margret Köhler und Sofia Glasl aus München sowie Bert Rebhandl aus Berlin haben für das Filmmuseum wieder ihre persönliche Bestenliste der deutschen Filme des Vorjahres zusammengestellt. Vom 12. bis zum 30. März werden zwölf der ausgewählten Filme gezeigt, überwiegend mit englischen Untertiteln, damit die Filme auch für ein nicht-deutschsprachiges Publikum zugänglich sind.

Vier der von German Films für die Oscarnominierung 2025 eingereichten Filme finden sich in der Reihe des Filmmuseums wieder: die Berliner Independent-Komödie „Sad Jokes“ von Fabian Stumm, „In Liebe, Eure Hilde“ über die Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“ von Andreas Dresen, der Thriller über türkische Geschichte „Im toten Winkel“ von Ayşe Polat, der Gewinnerin des Bayrischen Filmpreises 2025, sowie der Hybridfilm „Führer und Verführer“ von Joachim D. Lang über den NS-Propagandaminister Joseph Goebbels.

Mit dieser Rückschau auf die jüngste Filmgeschichte bietet das Filmmuseum wieder die Gelegenheit, Verpasstes auf der Leinwand nachzuholen, auch „kleine“ deutsche Filme zu entdecken oder bekannten Festivaltipps nachzugehen. Auffallend an der diesjährigen Auswahl ist, dass das deutsche Kino zunehmend von migrantischen Filmemacher*innen geprägt wird, die Geschichten aus der Türkei, Syrien oder dem Iran erzählen, und damit die Vielfalt der Gesellschaft und ihrer Themen widerspiegeln.

Am Samstag, 15. März, 18 Uhr, ist die in Teheran geborene Filmemacherin Narges Kalhor mit ihrem Film „Shahid“ zu Gast. In ihrem autofiktionalen Film thematisiert sie die absurde Bürokratie zwischen Bayern und Iran, als sie ihren bedeutungsschweren Nachnamen Shahid („Märtyrer“) endlich ablegen will. Mit visuellem Einfallsreichtum und leichtfüßigem Witz gelingt der Regisseurin eine aufrichtige Auseinandersetzung mit ihrer persönlichen Exilgeschichte.

Der Eintritt kostet 5 Euro beziehungsweise 3 Euro bei Mitgliedschaft im Förderverein MFZ. Aufschlag bei Überlänge. Kartenvorverkauf ist sieben Tage im Voraus online oder an der Abendkasse möglich, die 60 Minuten vor Vorstellungsbeginn öffnet. Es gibt keine Reservierungen. Das Kino des Filmmuseums ist rollstuhlgerecht zugänglich und mit einer Induktionsschleife für Hörgeschädigte ausgestattet.

Bauzentrum: „Der individuelle Sanierungsfahrplan im Überblick“

(7.3.2025) Das Bauzentrum München lädt in Kooperation mit der Verbraucherzentrale Bayern e.V. am Mittwoch, 12. März, um 18 Uhr ein zum Online-Infoabend „Der individuelle Sanierungsfahrplan im Überblick“. Die Teilnahme ist kostenfrei. Eine Anmeldung ist erforderlich unter <https://t1p.de/zqcaf>.

Der individuelle Sanierungsfahrplan (iSFP) unterstützt Eigentümer*innen dabei, die Sanierung ihres Ein- oder Zwei-Familienhauses Schritt für Schritt zu planen. Nach einer ersten Bestandsanalyse wird der Sanierungsfahrplan erarbeitet, welcher einen langfristigen und detaillierten Überblick über mögliche Sanierungsmaßnahmen und deren Einsparpotenziale bietet. Energieberater Martin Korndörfer gibt einen umfassenden Überblick und erläutert auch die Fördermöglichkeiten im Rahmen des iSFP.

Das Bauzentrum München in der Messestadt Riem ist das Informations- und Beratungszentrum der Landeshauptstadt München zu den Themen nachhaltiges Wohnen, Sanieren und Bauen. Das Bauzentrum München bietet Bürger*innen und Fachleuten vielfältige Veranstaltungen, umfassende Informationen und Beratung zu sämtlichen Fragestellungen rund um Wohnen, Sanieren und Bauen. Weitere Informationen unter muenchen.de/bauzentrum und veranstaltungen.muenchen.de/bauzentrum.

Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche**Dienstag, 11. März**

- 9.30 Uhr Kinder- und Jugendhilfeausschuss
– Großer Sitzungssaal
- 14.00 Uhr Stadtentwässerungsausschuss
– Großer Sitzungssaal
- im Anschluss Bauausschuss – Großer Sitzungssaal

Mittwoch, 12. März

- 9.30 Uhr Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung – Großer Sitzungssaal
- 14.00 Uhr Bildungsausschuss
– Großer Sitzungssaal

Donnerstag, 13. März

- 9.30 Uhr Kommunalausschuss
– Großer Sitzungssaal
- 14.00 Uhr Kulturausschuss – Großer Sitzungssaal



Baustellen aktuell

Freitag, 7. März 2024

Mittlerer Ring Ost, Tunnelkette

Effnertunnel, Richard-Strauss-Tunnel, Leuchtenbergringtunnel, Innsbrucker-Ring-Tunnel (Bogenhausen–Berg am Laim)

Das Baureferat führt die halbjährlichen Wartungsarbeiten in der genannten Tunnelkette durch. **Von Montag, 10. März, bis Freitag, 14. März, jeweils in der Zeit von 22 Uhr bis 5.30 Uhr**, wird die Tunnelkette in Fahrtrichtung Osten und Süden gesperrt. Der Fahrverkehr wird über die Richard-Strauss-Straße auf der Oberfläche geführt. Fuß- und Radverkehr sind nicht betroffen.

Saint-Privat-Straße/Brahmsstraße/Lisztstraße/Mühlbaurstraße (Bogenhausen)

Die Stadtwerke München verlegen abschnittsweise eine Hochspannungsleitung in den Bereichen Saint-Privat-Straße, Brahmsstraße, Lisztstraße, Mühlbaurstraße. **Von Montag, 10. März, bis voraussichtlich Ende Juni** kommt es zu Beeinträchtigungen und teilweiser Vollsperrung in den genannten Straßen. Der Autoverkehr wird mittels Beschilderung und Markierungen im Fahrbahnbereich geführt, wenn eine Befahrung möglich ist. Bei Vollsperrungen muss der Autoverkehr das umliegende Straßennetz nutzen. Der Fuß- und Radverkehr bleibt aufrechterhalten.

Amalienstraße (Maxvorstadt)

Das Baureferat arbeitet weiter an der finalen Sanierung der Oberfläche in der Amalienstraße. Dafür bleibt für den Autoverkehr noch bis **vor-aussichtlich Ende Juli** die Vollsperrung der südlichen Amalienstraße im Bereich der Kreuzung Oskar-von-Miller-Ring in beide Fahrtrichtungen bestehen.

Der Fuß- und Radverkehr kann die Baustelle uneingeschränkt passieren.



Altstadtringtunnel (Maxvorstadt/Lehel)

Das Baureferat führt die halbjährlichen Wartungsarbeiten im Altstadtringtunnel durch.

In den Nächten von Montag, 10. März, bis Freitag, 14. März, ist der Altstadtringtunnel jeweils in der Zeit **von 22 Uhr bis 5 Uhr** für den Autoverkehr gesperrt. Der Verkehr wird über das Straßennetz auf der Oberfläche umgeleitet. Fuß- und Radverkehr sind nicht betroffen.

Gabelsbergerstraße/Türkenstraße (Maxvorstadt)

Das Baureferat führt die Bauarbeiten im Rahmen der Oberflächenwiederherstellung in der Kreuzung Gabelsbergerstraße / Türkenstraße in mehreren Bauphasen fort.

Ab **Montag, 10. März,** kommt es an der genannten Kreuzung zu Einschränkungen für den Autoverkehr.

In der Gabelsbergerstraße entfallen die Abbiegemöglichkeiten für Autos in Richtung Norden zur Türkenstraße und Theresienstraße sowie in Richtung Süden zur Türkenstraße und Brienner Straße. Fußgänger*innen und Radfahrer*innen können die Baustelle uneingeschränkt passieren.

Landshuter Allee 52 (Neuhausen)

Die Stadtwerke führen eine Hochspannungsprüfung im Bereich der Landshuter Allee 52 durch. Von **Donnerstag, 13. März, bis voraussichtlich Freitag, 11. April,** werden die Arbeiten andauern. Für den Autoverkehr entfällt eine Fahrspur, der Fuß- und Radverkehr wird am Baufeld vorbeigeführt.

Leonrodplatz (Neuhausen/Nymphenburg)

Die Straßenbauarbeiten am Leonrodplatz schreiten voran und gehen in die nächste Phase über. **Ab Montag, 10. März,** wird es daher in diesem Bereich wieder zu baustellenbedingten Einschränkungen kommen. Alle Fahrbeziehungen für Fuß-, Rad- und Autoverkehr bleiben aber aufrechterhalten.



Altstadtringtunnel/Franz-Josef-Strauß-Ring/Karl-Scharnagl-Ring/ Hofgartenstraße (Altstadt-Lehel)

Für die Verlegung einer Fernkälteleitung im Bereich des Karl-Scharnagl-Rings hat **am Donnerstag, 6. März**, eine neue Bauphase begonnen. Aus diesem Grund ist es **bis voraussichtlich Ende April** für den Autoverkehr nicht mehr möglich, über den Altstadtringtunnel in Richtung Süden, Karl-Scharnagl-Ring / Maximilianstraße / Altstadtring Ost, auszufahren. Der Autoverkehr wird über die Oberfläche umgeleitet. Die Route verläuft über den Oskar-von-Miller-Ring – Von-der-Tann-Straße – Franz-Josef-Strauß-Ring.

Zudem ist die Hofgartenstraße ebenfalls in dieser Zeit nur über die Maximilianstraße und die Alfons-Goppel-Straße erreichbar.

Fuß- und Radverkehr sind von der Sperrung der Südausfahrt im Altstadtringtunnel und der Einfahrtssperre in die Hofgartenstraße nicht betroffen.

Truderinger Straße (Berg am Laim)

Das Baureferat führt Bauarbeiten an der Eisenbahnunterführung in der Truderinger Straße durch.

Von Montag, 10. März, bis Mittwoch, 12. März, jeweils von 22 Uhr bis 5 Uhr wird die Truderinger Straße zwischen der Baumkirchner Straße und der Hultschiner Straße für den Autoverkehr gesperrt. Es wird über das bestehende Straßennetz umgeleitet. Fuß- und Radverkehr können die Baustelle passieren.



Wolfratshauser Straße (Solln)

Das Baureferat setzt den Radwegausbau in der Wolfratshauser Straße zwischen Josephinenstraße und Siemensallee in einer neuen Bauphase fort.

Hierfür wird **von Montag, 10. März, bis voraussichtlich Mitte Dezember 2025** eine Einbahnregelung in stadtauswärtiger Richtung ab der Siemensallee bis zur Ascholdinger Straße eingerichtet.

Für den stadteinwärts fahrenden Autoverkehr ist eine Umleitung über die Sollner Straße – Hofbrunnstraße – Aidenbachstraße – Siemensallee ausgeschildert. MVG-Busse werden stadteinwärts ebenfalls umgeleitet. Der Fußgänger- und Radverkehr kann die Wolfratshauser Straße auch während der Baustelle in beide Richtungen passieren.

Erhardtstraße (Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt)

Im Zuge der Generalsanierung der Ludwigsbrücke folgt nun die Oberflächenwiederherstellung an den angrenzenden Straßenkreuzungen.

Bis Montag, 17. März, ist die Erhardtstraße zwischen der Kreuzung Steinsdorfstraße / Ludwigsbrücke / Zweibrückenstraße und der Kohlstraße nicht in Fahrtrichtung Süden befahrbar. Der Autoverkehr aus der Steinsdorfstraße kommend in Fahrtrichtung Süden (Isarparallele) kann die Route Zweibrückenstraße, Frauenstraße, Blumenstraße und Fraunhoferstraße als Umleitung nutzen. Der Verkehr vom Isartorplatz kommend kann die Baustelle über die Morassistraße und die Kohlstraße umfahren. Die Linksabbiegemöglichkeit von der Steinsdorfstraße auf die Ludwigsbrücke entfällt.

Ortskundige werden gebeten, den Bereich der Kreuzung Steinsdorfstraße / Erhardtstraße / Ludwigsbrücke / Zweibrückenstraße bis zur Kohlstraße in Fahrtrichtung Süden während der Baumaßnahmen zu meiden und großräumig zu umfahren.

Alle Radverkehrsbeziehungen bleiben während der Baustelle aufrecht erhalten. Für den Fußverkehr entfällt während der Bauzeit die Querungsmöglichkeit in der Zweibrückenstraße auf der stadteinwärtigen Seite der Kreuzung.

Informationen zu laufenden Baumaßnahmen mit Verkehrseinschränkungen finden Sie im Internet unter <https://stadt.muenchen.de/infos/baustellen-verkehrseinschraenkungen.html>



Ludwigsbrücke (Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt/Au-Haidhausen)

Im Zuge der Generalsanierung der Ludwigsbrücke folgt nun die Oberflächenwiederherstellung an den angrenzenden Straßenkreuzungen. Unmittelbar nach Abschluss der Arbeiten in der Erhardtstraße ist daher **ab Montag, 17. März, bis Montag, 24. März** die Ludwigsbrücke für den Autoverkehr in Fahrtrichtung Osten (stadtauswärts) gesperrt. Der stadtauswärtige Autoverkehr wird über die Erhardtstraße abgeleitet und kann die Sperre, je nach Fahrtziel, über die Corneliusbrücke oder andere Isarbrücken umfahren.

Alle Radverkehrsbeziehungen bleiben während der Baustelle aufrechterhalten. Für den Fußverkehr entfällt während der Bauzeit die Querungsmöglichkeit in der Zweibrückenstraße auf der stadteinwärtigen Seite der Kreuzung.

Im Laufe dieses Jahres wird es für weitere abschließende Arbeiten im Zuge der Gesamtmaßnahme Ludwigsbrücke punktuell noch zu weiteren Einschränkungen kommen.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Freitag, 7. März 2025

Kommunalwahl 2026: Was läuft bis dahin in der Demokratie-Bildung?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste) vom 11.11.2024

Die Stellenbesetzungsquote im RKU und ihre Auswirkungen

Anfrage Stadtrat Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 13.11.2024

Kommunalwahl 2026: Was läuft bis dahin in der Demokratie-Bildung?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste) vom 11.11.2024

Antwort Stadtschulrat Florian Kraus:

Auf Ihre Anfrage vom 11.11.2024 nehme ich Bezug.

Sie haben Ihrer Anfrage folgenden Text vorausgeschickt:

„Am 8. März 2026 finden in München und Bayern die nächsten Kommunalwahlen statt, das heißt Stadtrat, Bezirksausschüsse und Oberbürgermeister werden von den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern nach sechs Jahren neu gewählt.¹

Es ist eine möglichst hohe Wahlbeteiligung anzustreben, denn diese signalisiert eine grundsätzliche Unterstützung für die kommunalen Repräsentationsorgane unserer freiheitlich-pluralistischen Demokratie und stärkt damit auch deren Legitimität. Die Wahlbeteiligung bei der Stadtratswahl 2020 in Höhe von nur 49%² erscheint durchaus ausbaufähig. Dazu bedarf es aber neben dem eigenverantwortlichen Werben der Parteien und Wählergruppen für ihre politischen Inhalte und ihr Angebot an politischem Personal auch eines breiten Grundverständnisses in der Bevölkerung für das gerade bei Kommunalwahlen sehr ausdifferenzierte Wahlsystem, die Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Entscheidungen sowie des Diskussions- und Entscheidungsablaufes in den repräsentativ-demokratischen kommunalen Organen. Gerade die jungen Menschen, für die es die ersten Kommunalwahlen sind, gilt es in verstärktem Maß an die Demokratie heranzuführen. Die Bayerische Verfassung enthält eine Verpflichtung zu gelebter Demokratie. Art. 117 Satz 2 BV verpflichtet die Menschen in Bayern zur rechtsstaatlich-demokratischen Haltung sowie rechtsstaatlichem und demokratischem Handeln: ‚Alle haben die Verfassung und die Gesetze zu achten und zu befolgen, an den öffentlichen Angelegenheiten Anteil zu nehmen und ihre körperlichen und geistigen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.‘ Die Gemeinden als ‚ursprüngliche Gebietskörperschaften‘ (Art. 11 Abs.2 Satz 1 BV) sind gemäß Art. 11 Abs. 4 BV die Basis für ein demokratisches Staatswesen: ‚Die Selbstverwaltung der Gemeinden dient dem Aufbau der Demokratie in Bayern von unten nach oben.‘³ Dementsprechend wichtig ist es, dass dort demokratische Haltung und demokratisches Handeln für Bürgerabstimmungen, Wahlen der Repräsentationsorgane und Diskurskultur eingeübt wird.

Die Landeshauptstadt München hat in den letzten Jahren bereits gute Grundlagen für das Einüben demokratischen Handelns geschaffen, so dass die vorliegenden Instrumente jetzt bis zur Kommunalwahl 2026 nur noch in

der Breite zur Anwendung kommen müssen. Vor diesem Hintergrund stellen wir nachfolgende Fragen, die sich insbesondere auf drei Instrumente beziehen, die zum Teil bereits in einer Vorlage für die Stadtratsitzung vom November 2023⁴ vorgestellt wurden:

a) Internetseite <https://muenchenwaehlt.de>

Die Internetseite mit den sehr anschaulich aufbereiteten Informationen zum Verfahren der Kommunalwahl und zu Aufgaben und Inhalten der Kommunalpolitik arbeitet mit allgemeinverständlichen und auch etwas humorvollen Schaubildern und Videos. Die Internetseite kann zum Selbstlernen und in Bildungseinrichtungen zur Unterstützung des Unterrichts genutzt werden.

b) Planspiel zur Münchner Kommunalpolitik ‚Wir sind München!‘

Im Auftrag der Landeshauptstadt München wurde das Planspiel zur Münchner Kommunalpolitik ‚Wir sind München!‘ entwickelt. Im Rahmen des Planspiels schlüpfen Schüler*innen für einen Schultag in die Rollen von Stadtratsmitgliedern und anderen kommunalen Akteuren. Bei aller pädagogischen Reduktion erfahren sie durch eigenes Handeln wie Diskussions- und Entscheidungsprozesse im Stadtrat und den Bezirksausschüssen und in deren Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern ablaufen können. Das Planspiel ist aus pädagogischer Sicht für die meisten Schulklassen der Jahrgangsstufen 8 bis 13, aber auch für Auszubildende und Studierende sowie andere interessierte Erwachsene geeignet.

c) Rathausführungen für Grundschulklassen

Im Rahmen der Rathausführungen für Grundschulklassen, in realer und virtueller Variante, lernen die Grundschüler*innen in anschaulicher und altersgerechter Weise die zentralen Räume und wesentlichen Organe kommunalen Handelns sowie einige kommunale Aufgaben kennen. Die Teilnahme weckt nicht nur das eigene Interesse der Kinder an der Landeshauptstadt München als Institution der freiheitlich-pluralistischen Demokratie, sondern strahlt über die Erzählungen der Kinder von den Führungen in deren Familien aus. Somit können die Führungen mittelbar auch zur Wahlbeteiligung der wahlberechtigten Angehörigen der Kinder beitragen.“

1 <https://www.bayern.de/hermann-ministerrat-setzt-den-8-maerz-2026-fuer-die-naechsten-allgemeinen-kommunalwahlen-fest/>

2 <https://www.wahlen-muenchen.de/ergebnisse/20200315stadtratswahl/index.html>

3 <https://www.wahlen-muenchen.de/ergebnisse/20200315stadtratswahl/index.html>

4 Sitzungsvorlage 20-26/V 09365, unter:

<https://risi.muenchen.de/risi/sitzungsvorlage/detail/7658201?dokument=v8063731>

Zu den von Ihnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:

Wie, wann und in welchem Umfang wird bis zur Kommunalwahl 2026 die Internetseite <https://muenchenwaehlt.de> mit den anschaulich aufbereiteten Informationen zum Verfahren der Kommunalwahl und zu Aufgaben und Inhalten der Kommunalpolitik beworben?

Antwort:

Die Fachstelle für Demokratie ist stadtweit federführend bei der Förderung der demokratischen Teilhabe innerhalb der Landeshauptstadt München und hat sich insbesondere die Erhöhung der Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl zum Ziel gesetzt. In einer Stadt wie München, die sich durch ihre heterogene Bevölkerungsstruktur auszeichnet, ist es essenziell, dass möglichst viele Bürger*innen an demokratischen Prozessen teilnehmen. Nur so kann eine lebendige und inklusive Stadtgesellschaft entstehen, in der die Stimmen aller gehört werden.

Eine der wichtigsten Plattformen der Fachstelle für Demokratie ist die Website (<https://muenchenwaehlt.de>). Diese Website dient nicht nur als Informationsquelle zur bevorstehenden Kommunalwahl, sondern auch als ein Werkzeug, um Bürger*innen über ihre Rechte und Möglichkeiten der politischen Teilhabe aufzuklären. Die Fachstelle plant, die Website umfassend zu überarbeiten und mit zusätzlichen Inhalten zu ergänzen, um sie benutzerfreundlicher und ansprechender zu gestalten. Ziel ist es, das Bewusstsein für die Bedeutung des Wählens zu schärfen und eine breitere Zielgruppe anzusprechen, insbesondere Menschen, die traditionell wenig in politische Prozesse eingebunden sind.

Ein besonderes Augenmerk gilt dabei Stadtgebieten, in denen die Wahlbeteiligung im Vergleich zu anderen Regionen Münchens eher niedrig ist. Oft sind es diese Gebiete, in denen soziale und wirtschaftliche Herausforderungen bestehen, die sich negativ auf das politische Engagement auswirken. Hier setzt die Fachstelle an, indem sie gezielte Maßnahmen entwickelt, um die Menschen vor Ort zu erreichen und sie für die Bedeutung ihrer Stimme zu sensibilisieren.

Zusätzlich zur Website engagiert sich die Fachstelle für Demokratie auch in enger Zusammenarbeit mit den Zuschussnehmern Demokratie-Lokal und Demokratiemobil. Das Projekt Demokratie-Lokal, angesiedelt bei den Münchner Nachbarschaftstreffs, hat sich darauf spezialisiert, lokale Veranstaltungen und Informationsangebote zu organisieren, die direkt auf die

Bedürfnisse und Interessen der Bürgerinnen und Bürger zugeschnitten sind. Diese Initiativen schaffen einen Raum für Diskussion und Austausch und bieten die Möglichkeit, Fragen zu stellen und sich über die Bedeutung der Kommunalwahl zu informieren. Durch persönliche Ansprache und die Schaffung eines vertrauten Umfeldes wird die Hemmschwelle zur Teilnahme an Wahlen gesenkt und demokratische Teilhabe gefördert.

Das Demokratiemobil des Kreisjugendrings München Stadt hingegen verfolgt einen innovativen Ansatz, indem es mobile Formate nutzt, um direkt zu den Menschen zu kommen. Diese Initiative fährt gezielt in Stadtteile, in denen Menschen möglicherweise nicht die Möglichkeit oder Motivation haben, an traditionellen Informationsveranstaltungen teilzunehmen. Mit interaktiven Aktionen und persönlichen Gesprächen wird das Interesse an demokratischen Prozessen geweckt. Diese direkten Begegnungen tragen dazu bei, Vorurteile abzubauen und demokratische Grundwerte begreifbar zu machen.

Im Vorfeld der Kommunalwahl 2026 plant die Fachstelle für Demokratie eine umfassende Plakat- und Informationskampagne, die darauf abzielt, die Menschen in München über die bevorstehende Wahl zu informieren und sie zur Teilnahme zu motivieren. Diese Kampagne wird speziell in Stadtgebieten durchgeführt, in denen die Wahlbeteiligung historisch niedrig ist. Hierbei sollen nicht nur Informationen über die Wahl selbst vermittelt werden, sondern auch die Bedeutung der Teilhabe an demokratischen Wahlen als Ausdruck der eigenen Stimme und der Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens hervorgehoben werden.

Die umfassende Strategie der Fachstelle für Demokratie zielt darauf ab, die politische Teilhabe aller Münchener*innen zu stärken. Indem verschiedene Ansätze miteinander kombiniert werden – von der Online-Information über lokale Veranstaltungen bis hin zu mobilen Aktionen – wird eine breitere und inklusivere Beteiligung an der Demokratie gefördert. Durch diese Maßnahmen wird nicht nur das Bewusstsein für die Bedeutung der Kommunalwahl geschärft, sondern auch ein aktives Engagement gefördert.

Frage 2:

Wie viele Schüler:innen nahmen im Schuljahr 2023/2024 am Planspiel „Wir sind München!“ teil? Wie viele Schüler:innen nahmen im Schuljahr 2024/2025 bis zur Beantwortung der Anfrage bereits teil?

Antwort:

Im Schuljahr 2023/24 wurde das Planspiel an vier Tagen mit insgesamt ca. 125 Schüler*innen durchgeführt (jeweils ganze Schultage).

Für das Schuljahr 2024/25 sind bislang Anfragen zur Durchführung des Planspiels (jeweils ganze Schultage) von zwei Schulen eingegangen (Stand 29.11.2024). An den beiden Schulen nehmen voraussichtlich jeweils mehrere Schulklassen teil (entspricht ca. 100 Schüler*innen).

Frage 3:

Welche Maßnahmen sind geplant, um bis zur Kommunalwahl, also im Schuljahr 2024/2025 bzw. im 1. Halbjahr des Schuljahres 2025/2026 die Durchführung von mindestens zwei Planspielen an jeder Münchner Realschule und Berufsschule sowie jedem Münchner Gymnasium und der Münchner Volkshochschule zu erreichen?

Antwort:

Beim Planspiel „Wir sind München!“ zur Münchner Kommunalpolitik handelt es sich um ein bedarfsorientiertes Angebot, das von Schulen, wie viele weitere Formate und Angebote für Schüler*innen, beim RBS-PIZKB angefragt und dann über das RBS-PIZKB organisiert und durchgeführt werden kann. Alle Anfragen von Schulen bezüglich des Planspiels bei RBS-PIZKB wurden bislang vollumfänglich bedient.

Das Planspiel „Wir sind München!“ hat seit der letzten Kommunalwahl eine Überarbeitung erfahren und wird vor der nächsten Kommunalwahl erneut an den Schulen beworben. Darüber hinaus ist geplant, das Planspiel Mitte und Ende 2025 im Rahmen spezieller Fortbildungstage für Lehrkräfte vorzustellen. Ziel ist es, die Lehrkräfte zu ermutigen, das Planspiel an ihren Schulen durchzuführen, wobei sie Unterstützung durch das PIZKB erhalten. Fortan ist vorgesehen, dass das Planspiel, ggf. mit mehreren Schulen, mindestens einmal im Jahr im Münchner Rathaus stattfindet.

Der Fachdienst Politische Bildung im RBS-PIZKB bietet neben dem Planspiel „Wir sind München!“ bereits seit 2015 jeweils auf die einzelnen Schulen abgestimmte Angebote zur Demokratiebildung an. Das fächerübergreifende Angebot gilt für alle öffentlichen Münchner Schulen, v.a. für Schüler*innen ab der 7. Jahrgangsstufe. Anfragen können sowohl von Lehrkräften als auch den Schüler*innen selbst gestellt werden.

Im Jahr 2024 fanden im RBS zudem umfangreiche Maßnahmen zur Demokratiebildung an den Münchner Schulen im Rahmen des RBS-Jahres-

themas „München feiert 75 Jahre Grundgesetz“ statt, an dem viele städtische und auch staatliche Schulen beteiligt waren.

Allein auf dem vom PIZKB organisierten „Walk of Democracy“ in der Sendlinger Straße und am Rindermarkt präsentierten Schüler*innen aus 16 Münchner Schulen ihre vielfältigen Aktionen – Ergebnis ihrer kreativen Auseinandersetzung mit dem Thema Demokratie und Grundrechte während des Schuljahres – zusammen mit Künstler*innen, die sie bei diesem Prozess begleiteten. Damit wurden mehrere Tausend Schüler*innen, Lehrkräfte sowie Bürger*innen, die den „Walk of Democracy“ besuchten, erreicht.

Auch zur Durchführung der Verfassungsviertelstunde, die seit diesem Schuljahr 2024/25 an allen Schulen regelmäßig durchzuführen ist, bietet das PIZKB den Schulen über die Website www.pi-muenchen.de Links zu Materialien sowie geeignete Medien an.

Frage 4:

Wie kann in Kooperation mit den Münchner Hochschulen für die Studierenden im Studienjahr 2024/2025 bzw. im 1. Semester des Studienjahres 2025/2026 die Durchführung von mindestens einem Planspiel an jeder Hochschule angeboten werden?

Antwort:

Auf Anfrage von Hochschulen kann diesen das Einverständnis zur Nutzung des Planspiels erteilt werden.

Die Teilnahme von Studierenden der Hochschulen an den Fortbildungen des PIZKB zum Planspiel kann ermöglicht werden.

Frage 5:

Kann die Landeshauptstadt München zur Finanzierung der Durchführung der Planspielreihe „Wir sind München!“ Zuschüsse aus Finanzmitteln des Bundes oder des Landes Bayern für Demokratie-Bildung erhalten?

Antwort:

Das Planspiel „Wir sind München!“ wird aus Mitteln des Pädagogischen Instituts – Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement finanziert.

Frage 6:

*Wie viele Grundschüler*innen nahmen in den Schuljahren 2022/2023 und 2023/2024 jeweils teil an den Rathausführungen des RAW/München Tourismus, des Kultur und Spielraum e.V. („Trepp auf Trepp ab“), im Rahmen*

der Bürgermeister*innen-Sprechstunde sowie im Rahmen der Führungen durch die Stadtratsfraktionen?

Antwort:

Rathausführungen durch	2022/2023	2023/2024
Büro des Oberbürgermeisters	Keine Schüler*innensprechstunde	ca. 470
Büro des 2. Bürgermeisters	ca. 850	ca. 800
Büro der 3. Bürgermeisterin	Keine Datenerhebung	852
Fraktion Die Grünen – Rosa Liste	Es wird keine Statistik geführt	
CSU mit Freie Wähler	152	135
SPD / Volt - Fraktion	ca. 150	ca. 150
FDP Bayernpartei Stadtratsfraktion	27	
Die Linke/ Die Partei Stadtratsfraktion	k. A.	ca. 70
Fraktion ÖDP/München-Liste	ca. 220	ca. 260
Referat für Arbeit und Wirtschaft	125	400
Kultur und Spielraum „Trepp' auf Trepp' ab“	500	500

Zusätzlich haben am 15. Mai 2024 im Rahmen der Aktionswoche „München feiert 75 Jahre Grundgesetz“ mit dem Projekt „Rathaus offen für Kinder“ 30 Schulklassen mit ca. 750 Kindern an einer Tour durch das Rathaus teilgenommen.

Frage 7:

Wie viele Grundschüler:innen nahmen im Schuljahr 2023/2024 an der neu entwickelten virtuellen Rathaustour teil?

Antwort:

Aufgrund von notwendigen Priorisierungen durch die Haushaltskonsolidierung und die Aktionswoche „München feiert 75 Jahre Grundgesetz“ befindet sich die virtuelle Rathaustour aktuell noch in der Entwicklung.

Frage 8:

Ziel laut Sitzungsvorlage zum Stadtratsbeschluss vom 29.11.2023 war, dass „zukünftig alle Grundschüler*innen erreicht werden“ durch entweder die analoge oder die virtuelle Rathaustour, d.h. dass jede Schülerin und jeder Schüler einmal in seiner Grundschulzeit an einer Rathaustour teilnimmt. In welchem Umfang wurde das Ziel im Schuljahr 2023/2024 tatsächlich erreicht, d.h. wieviel Prozent der Münchner Grundschüler*innen in der 4.

Jahrgangsstufe nahmen in dem Schuljahr an einer analogen oder virtuellen Rathaus tour teil, wieviel Prozent in anderen Jahrgangsstufen? Falls noch nicht 100% Teilnahmequote erreicht wurde: Welche Maßnahmen sind geplant um diese bis zur Kommunalwahl also im Schuljahr 2024/2025 bzw. im 1. Halbjahr des Schuljahres 2025/2026 zu erreichen?

Antwort:

Siehe Antwort 6 bzw. 7.

Siehe Antwortschreiben des Herrn Oberbürgermeisters Dieter Reiter vom 29.4.2021. (<https://risi.muenchen.de/risi/antrag/detail/6301894>)

Frage 9:

*Welche Maßnahmen plant die Landeshauptstadt München, um alle Schüler*innen, Auszubildenden und Studierenden, die zur Kommunalwahl 2026 das 18. Lebensjahr vollendet haben werden, für eine Teilnahme als ehrenamtliche Wahlhelfer*in in den Wahllokalen bei der Kommunalwahl zu werben und ihnen damit eine über den persönlichen Wahlakt hinausgehende Partizipation im demokratischen Handeln nahezubringen?*

Antwort:

Es werden rechtzeitig vor der Kommunalwahl 2026 umfangreiche Maßnahmen zur Gewinnung von Wahlheferinnen und Wahlhelfern erfolgen. Eine eigene Kampagne nur für Schüler*innen Schüler oder junge Erwachsene, die zur Kommunalwahl 18 Jahre alt sein werden, ist derzeit nicht geplant.

Frage 10:

Wird das Rathaus-Clubbing 18.jetzt⁵ im Jahr 2025 wieder stattfinden und den Münchnerinnen und Münchnern zum Start in die Volljährigkeit entspannte Erst-Kontakte zur Stadtspitze sowie den Fraktionen des Stadtrates und der Bezirksausschüsse ermöglichen?

⁵ <https://18jetzt.de/>

Antwort:

18.jetzt – Das Rathausclubbing findet am 5.7.2025 statt. Der Bezirksausschuss bleibt ein fester Bestandteil in der sogenannten Polit-Lounge der Veranstaltung im Großen Sitzungssaal.

Auch die Stadträt*innen haben weiterhin die Möglichkeit, sich persönlich einzubringen, nämlich im direkten Austausch mit den jungen Besucher*innen. Es gibt Namensschilder, die die Stadträt*innen als solche erkennbar machen. Es ist allerdings nicht vorgesehen, dass sich die Stadtratsfraktionen als solche mit einem eigenen Stand oder ähnlichem präsentieren.

Frage 11:

*Sieht die Landeshauptstadt München inzwischen, abweichend von Ihrem Antwortschreiben vom 13.7.2023 auf den ÖDP-Antrag „Demokratie braucht Übung I: Angebot der U18-Wahlen professionalisieren und aufwerten“ aus dem Jahr 2019,⁶ Möglichkeiten das Angebot zur U18-Wahl in Hinblick auf die Bundestagswahl 2025 und die Kommunalwahlen 2026 auszubauen, als Angebot für unter 18-jährige zur Einübung in die bedeutsame staatsbürgerliche Wahlhandlung? Kann die Landeshauptstadt München bzw. der Kreisjugendring (KJR) München zur Finanzierung der Durchführung der U18-Wahlen im Rahmen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) Zuschüsse aus Finanzmitteln des Bundes oder des Landes Bayern für Demokratie-Bildung erhalten? Oder wird alternativ die flächendeckende Implementierung des gleichartigen Konzepts „Juniorwahl“⁷ angestrebt, welches nachweislich die Wahlbeteiligung sowohl der Erstwähler*innen als auch der Eltern von Schüler*innen bei den echten Wahlen um rund 10% erhöhen kann?⁸*

6 StR-Antrag 14-20 / A 05075, unter:

<https://risi.muenchen.de/risi/antrag/detail/5378974?dokument=v7870148>

7 <https://www.juniorwahl.de>, <https://kumulus.de/juniorwahl>

8 <https://www.juniorwahl.de/projekt/studien-und-auswertungen.html>

Antwort:

Sowohl städtische Gymnasien als auch städtische Realschulen melden gute Erfahrungen in Zusammenhang mit Wahlen für Schüler*innen zurück. So haben ca. 60% der städtischen Gymnasien Erfahrungen mit U-18 und/oder Juniorwahlen gesammelt. Im Zeitraum von 2017 bis 2024 wurden etwa 20 Wahlen dieser Art an städtischen Gymnasien durchgeführt.

Zudem gibt rund die Hälfte städtischer Gymnasien an, dass die benötigte Infrastruktur für die Umsetzungsmöglichkeiten in Bezug auf die Durchführung von Juniorwahlen oder U18-Wahlen prinzipiell gegeben seien (im Rahmen der Bundestagswahl wie auch im Rahmen der Kommunalwahl 2026). Ebendiese Gymnasien haben die Durchführung von Junior- oder U18-Wahlen für die kommende Bundestagswahl wie Kommunalwahl in Planung. Maßgebliche Faktoren für eine erfolgreiche Durchführung von Wahlen in Schulen ist die Unterstützung der beauftragten Lehrkräfte durch Schulleitungen und motivierte Schüler*innen, da der damit verbundene Arbeitsaufwand als besonders hoch wahrgenommen wird.

Diese Erfahrung aus den städtischen Gymnasien deckt sich mit der bereits bekannten Einschätzung des KJR, dem zufolge es eine externe Infrastruktur mit zusätzlichen personellen Ressourcen bedürfe, um U18-Wahlen flächendeckend an Münchner Schulen anbieten zu können.

An beinahe allen städtischen Realschulen werden im Rahmen des Faches Politik und Gesellschaft (PuG) in der 10. Jahrgangsstufe Juniorwahlen durchgeführt. Schüler*innen werden im Rahmen des Unterrichts vorbereitet. Im begleitenden Unterricht werden gelegentlich Rollenspiele angeboten, Tools wie der Wahl-O-Mat eingeführt und auch passgenaues Material (wie z.B. Urnen, Stimmzettel, Wahlkabine), eingesetzt. Auch steht an städtischen Realschulen ein Auszählteam, welches die abgegebenen Stimmen zählt, grafisch aufbereitet und abschließend durch einen Aushang bekannt macht, zur Verfügung.

Frage 12:

Welche Angebote zur kommunalpolitischen Bildung und in welchem Umfang werden im Vorfeld der Kommunalwahl (Zeitraum ein halbes Jahr vor der Wahl) mit städtischer Förderung in welcher Höhe durch freigemeinnützige Träger erbracht werden?

Antwort:

Alle Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit leisten Politische Bildung (auch Demokratiebildung) im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags im Sinne des § 11 SGB VIII.

Spezialisierte Angebote in Bezug auf die Kommunalwahl 2026 wird der Kreisjugendring München-Stadt (KJR) anbieten. Der KJR wird sich an der federführend vom Bayerischen Jugendring durchgeführten U 18 Wahl beteiligen und wird die bei der Kommunalwahl antretenden OB-Kandidat*innen der Parteien zu einem „OB-Check“ einladen.

Die Angebote werden im Kontext der Gesamtfinanzierung des KJR durchgeführt.

Die städtischen Schulen planen grundsätzlich Angebote auf verschiedenen Ebenen des Unterrichts und des Schullebens zur Kommunalwahl 2026. Diese Planungen werden nach der Bundestagswahl konkretisiert, weshalb in Bezug auf die Art der Angebote, Umfang, Anzahl und Zeitraum aktuell noch keine belastbaren Kenntnisse vorliegen. In der Regel sind neben einer Durchführung von Junior-/U18-Wahlen und der Information wie Erarbeitung im Unterricht auch die kürzlich eingeführte Verfassungsviertelstunde, Projekte und Podiumsdiskussionen als Rahmen für kommunalpolitische Bildung angedacht.

Kommunal- und Landespolitiker*innen besuchen vor Wahlen verstärkt die Schulen um die jungen Wähler*innen für gesellschaftliche Entwicklungen und Fragen zu sensibilisieren.

Nicht zuletzt hat der vierte Münchner Schulpreis unter dem Motto „Demokratie in meiner Schule“ im Jahr 2024 Impulse zu Demokratiebildung in Schulen gesetzt. Die 36 Bewerbungen (8 Münchner Grundschulen, 7 Mittelschulen, 4 Förderzentren, 4 Realschulen, 10 Gymnasien und 3 Berufliche Schulen) haben wertvolle Einblicke gegeben, wie Schulen Demokratie leben, befördern und im Schulalltag umsetzen. Dabei haben Schüler*innen hervorragende Ergebnisse produziert, die beispielhaft für andere Schulen stehen können, um ein demokratisches Bewusstsein und partizipative Prozesse (weiter-)zu entwickeln.

An städtischen Schulen gibt es Erfahrungen mit städtischen sowie freien Trägern und externer Unterstützung zu kommunalpolitischer- und Demokratiebildung. Hier werden insbesondere das PIZKB, die Bezirksräte, MehrWert Demokratie, Valentum, POL&IS mit der Bundeswehr, die Europäische Akademie Bayern, die Akademie für politische Bildung Tutzing, die Hanns-Seidel-Stiftung, Green City e.V., Jugend debattiert u.a. als Kooperationsinstitutionen genannt.

Die städtischen beruflichen Schulen legen großen Wert auf eine nachhaltige und praxisorientierte Demokratiebildung. Dabei spielt der Unterricht im Fach Politik und Gesellschaft eine zentrale Rolle, ergänzt durch Besuche im Bayerischen Landtag und Exkursionen nach Berlin, um den Bundestag zu erleben. Diese Angebote schaffen Gelegenheiten, Demokratie und das Wählen als zentrale Partizipationsmöglichkeiten intensiv zu verstehen und zu erleben. Ein Bestandteil hierbei ist/war z.B. auch die Aktionswoche zum 75. Geburtstag des Grundgesetzes.

Ein weiteres wichtiges Element ist die Juniorwahl, die an immer mehr städtischen beruflichen Schulen durchgeführt wird. Dieses Projekt ermöglicht es den Schüler*innen, eine reale Wahlhandlung zu simulieren und so wichtige Kompetenzen für ihre spätere aktive Teilhabe zu erwerben. Interessierte Lehrkräfte und Koordinatorinnen können sich umfassend auf juniorwahl.de über Ablauf, Materialien und Fördermöglichkeiten informieren. Die Organisation liegt dabei bewusst in der Verantwortung der Schulen, um Eigeninitiative und Engagement zu fördern. Federführend und verantwortlich sind hierbei die jeweiligen Fachbetreuungen.

Die Landeshauptstadt unterstützt jedoch durch das Referat für Bildung und Sport (Geschäftsbereich B), das den 87 beruflichen Schulen einen festen Ansprechpartner zur Verfügung stellt. Dieser steht jederzeit beratend zur Seite und hilft bei Bedarf, um die erfolgreiche Umsetzung solcher Demokratiebildungsprojekte sicherzustellen. Ziel bleibt es, die Relevanz von Wahlen und demokratischer Beteiligung nachhaltig in das Bewusstsein der



jungen Menschen zu rücken und sie für ihre Rolle als aktive Bürger*innen zu stärken.

Ich gehe davon aus, Ihre Anfrage hiermit abschließend beantwortet zu haben.

Die Stellenbesetzungsquote im RKU und ihre Auswirkungen

Anfrage Stadtrat Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 13.11.2024

Antwort Christine Kugler, Referentin für Klima- und Umweltschutz

Herr Oberbürgermeister Reiter hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugewiesen.

Zunächst bedanke ich mich für die gewährte Fristverlängerung.

Ihrer Anfrage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

„In der Antwort des Referates für Klima- und Umweltschutz (RKU) vom 10.10.2024 auf die Anfrage ‚Besetzungsquote im Referat für Klima- und Umweltschutz II‘ (Anfrage Nr. 20-26/F 01004) vom 29.8.2024, teilt das RKU mit, dass ‚(...) demnach 95,91 Stellen-VZÄ unbesetzt (waren). Dies entspricht einer Quote von 24,35%.‘ Auch wenn ein positiver Trend erkennbar ist, den die Stadtratsfraktion CSU mit FREIE WÄHLER würdigt, bedeutet dies eine immer noch erhebliche Personalknappheit.“

Die darin aufgeworfenen Fragen beantworte ich unter Berücksichtigung der Stellungnahmen des Baureferats, Direktoriums, Gesundheitsreferats, IT-Referats, Kommunalreferats, Kreisverwaltungsreferats, Kulturreferats, Mobilitätsreferats, Personal- und Organisationsreferats, Referats für Arbeit und Wirtschaft, Referats für Bildung und Sport, Referats für Stadtplanung und Bauordnung, Revisionsamts, Sozialreferats und der Stadtkämmerei wie folgt:

Frage 1:

Führt die Stellenbesetzungsquote im RKU von rund 75 Prozent dazu, dass Aufgaben, die bei vollständiger Besetzung normalerweise vom Personal des RKU erledigt werden könnten, an externe Auftragnehmer vergeben werden mussten/müssen?

Antwort:

Nach wie vor erfolgen im RKU, wie in allen anderen Referaten, insbesondere zur Einbringung spezifischer Fachexpertise Vergaben. Dies ist unabhängig von der Stellenbesetzungsquote zu sehen.

Lediglich in einem Bereich werden Aufgaben durch externe Auftragnehmer erledigt, die auch in gleicher Güte von internen Dienstkräften erledigt werden könnten. Hierbei handelt es sich um 2 VZÄ im Schließ-, Pforten- und Hausmeisterdienst des Bauzentrums. Dies ist notwendig, da das Stellenbesetzungsverfahren leider erfolglos verlief.

Frage 2:

Wenn ja, wie viele Projekte bzw. Aufträge waren das in den Jahren 2023 und 2024? Welche finanziellen Auswirkungen hat diese externe Vergabe auf den Haushalt des RKU, vulgo: wie viel Geld musste deswegen mehr ausgegeben werden?

Antwort:

Für den Schließ-, Pforten- und Hausmeisterdienst im Bauzentrum wurde eine externe Vergabe durchgeführt. Für diesen Zweck werden zwei Mitarbeiter der Infotheke als Leiharbeiter beschäftigt. Die Kosten für das Jahr 2023 beliefen sich auf 135.659 Euro, im Jahr 2024 entstanden Kosten von ca. 125.000 Euro.

Frage 3:

Allgemeiner gesprochen: In welchen anderen städtischen Referaten wurden Aufgaben aufgrund von Personalmangel in den letzten beiden Jahren an externe Dienstleister vergeben? Wie hoch waren die Kosten dafür?

Antwort:

Folgende Rückmeldungen haben die nachstehenden Referate gegeben:

Baureferat:

„Im Baureferat konnte in den letzten Jahren trotz intensiver Bemühungen (Einstellungsoffensiven, eigener Ausbildung, Marketingmaßnahmen) insbesondere für die Mangelberufe (z.B. Ingenieurberufe) bzw. für Positionen mit besonderen Anforderungen (Berufserfahrungen, Spezialkenntnisse) nicht ausreichend Personal gewonnen werden. Die zusätzliche Auftragslage und die schwierige Bewerber*innenlage führten im Baureferat dazu, dass 468 Stellen (440 VZÄ) zum Dezember 2024 unbesetzt bleiben mussten.“

Da viele Leistungen z.B. im Bereich des Bauunterhaltes, des Betriebes oder im Rahmen von Bauprojekten (Bau-/Planungs-/Projektmanagementleistungen) ganz oder teilweise an Firmen und Ingenieurbüros vergeben werden und der Umfang zudem jährlichen Schwankungen unterworfen ist, kann hieraus keine Ableitung erfolgen, ob sich einzelne Auftragsvergaben bei Vollbesetzung durch mehr Eigenleistung verändert hätten.

Unmittelbar erheben und aufschlüsseln lassen sich nur einzelne, eindeutige Vergaben an externe Firmen aufgrund von Personalmangel z.B. im Bereich der Verkehrssicherheit/Störungsbehebung (Straßenbeleuchtung), von Projektmanagementaufgaben (U-Bahnbau) oder in geringem Umfang

bei Beschäftigung von Leiharbeiter*innen im Rahmen einer Arbeitnehmerüberlassung (nach den gesamtstädtischen Vorgaben z.B. aufgrund längerer Beurlaubungen, Erkrankungen oder Verzögerungen bei Stellenbesetzungsverfahren).

Die konkret ermittelbaren Zusatzkosten durch die Beschäftigung von Leiharbeitskräften und die Vergabe von Aufträgen an externe Firmen betragen

- für 2023 ca. 242.000 Euro und
- für 2024 ca. 354.000 Euro“

Direktorium:

„Für den Abbau des Vorhabenstaus im Direktorium wurden 2023 und 2024 externe Kapazitäten über das IT-Referat zugeschaltet. Im Jahr 2023 beliefen sich die Kosten auf insgesamt 189.973,69 Euro, im Jahr 2024 auf insgesamt 191.284,70 Euro.“

Gesundheitsreferat:

„Das Gesundheitsreferat meldet für den Kernbereich Fehlanzeige. Es wurden keine Aufgaben in den Jahren 2023 und 2024 an externe Dienstleister/ Auftragnehmer vergeben. Somit entstanden auch keine Zusatzkosten.“

Die städtischen Friedhöfe griffen in den Jahren 2023 und 2024 auf insgesamt drei Zeitarbeitskräfte für folgende Bereiche zu:

Abteilung	Tätigkeitsfeld	Anzahl Personen	Jahr	Kosten
SFM-G-FM-KB	Kreditorenbuchhaltung	1	2024	10.878,21 €
SFM-L	Vorzimmer/Teamassistentz	1	2024	29.012,96 €
SFM-GV-A	Bestattung von Amtswegen	1	2023	23.458,02 €

Die entstandenen Zusatzkosten können der Spalte ‚Kosten‘ entnommen werden. Insgesamt belaufen sich diese im Jahr 2023 auf 23.458,02 Euro und im Jahr 2024 auf 39.891,17 Euro.“

IT-Referat:

„Das IT-Referat sieht sich am Standort München in einem Wettbewerb mit großen Technologieunternehmen um entsprechend qualifizierte Fachkräfte. Insbesondere in Bereichen mit speziellen Anforderungen an Berufserfahrung und Spezialkenntnissen (z.B. Cyber Security) konnten nicht ausreichend Bewerber*innen gefunden werden. Aus diesem Grund war das Referat auch in den Jahren 2023 und 2024 gezwungen, auf externe Beratungsleistungen zurückzugreifen. Diese Entscheidung wurde u.a. auch durch die steigende Komplexität der Projekte und Anforderungen im Be-

reich Informationssicherheitsmanagement (ISM) sowie durch die Notwendigkeit, spezifisches Fachwissen und zusätzliche Ressourcen kurzfristig und oft zeitlich befristet zur Verfügung zu haben, beeinflusst.

Im ISM ist für die Jahre 2023 und 2024 von durchschnittlich 8 offenen Stellen pro Jahr auszugehen, von denen etwa 6 Vollzeitäquivalente (VZÄ) jährlich durch externe Dienstleister kompensiert wurden.

Im Rahmen des Programms E-Akte hat das IT-Referat insbesondere Aufgaben an externe Dienstleister übertragen, da im Rahmen des Eckdatenverfahrens keine Stellen bewilligt wurden.

Für it@M wurde eine Rahmenvereinbarung zur IT-Linienunterstützung mit einer Laufzeit von 4 Jahren (Juli 2022 bis Juni 2026) abgeschlossen. Rahmenvereinbarung RUE III enthält zwei Lose zur Arbeitnehmerüberlassung. Es gibt ein Los zur Unterstützung der Verwaltung und ein Los zur Unterstützung der IT bei Linienaufgaben.

Seit Beginn der Rahmenvereinbarung (Juli 2022) sind bis zum Stichtag 15.1.2025 folgende Kosten angefallen:

RUE III – Los 4	
Controller*in	392.836,89 €
Anlagenbuchhalter*in	33.472,95 €
Kreditorenbuchhalter*in	493.455,20 €
Sachbearbeiter*in Beschaffungswesen	136.710,43 €
Summe	1.056.475,48 €

RUE III – Los 5	
DevOps Engineer (unterschiedliche Schwerpunkte)	4.290.832,15 €
Mitarbeiter*in im Projektmanagementoffice	295.845,58 €
Testanalyst*in	312.476,82 €
Business Analyst*in	77.351,90 €
Kommunikationsmanager*in	108.682,10 €
Service Level Manager*in	170.896,95 €
IT-Controller*in	19.883,76 €
Tester*in- Testunterstützung	53.576,16 €
Summe	5.329.545,42 €

Kommunalreferat:

„Stellenvakanzen sind im Jahresverlauf in allen Bereichen des Referates zu verzeichnen. Grundsätzlich ist es Ziel, die auf diesen Stellen eigentlich

anfallenden Arbeiten über Vertretungsregelungen und Priorisierungen aufzufangen; ggf. kann auch eine Aufgabenkritik erforderlich sein. In wenigen Einzelfällen mussten dennoch aufgrund eines bestehenden Personalmanagements externe Dienstleistungen in Anspruch genommen werden. So war in den genannten Jahren die Beauftragung von Rechtsanwaltskanzleien zur Unterstützung der Rechtsabteilung des Referates, die Vergabe von Reparaturleistungen für den Fuhrpark, für die Versorgungstechnik sowie für das Anforderungs- und Projektmanagement des Abfallwirtschaftsbetriebes München und von unterstützenden Revierleitertätigkeiten sowie für den Holzverkauf bei der Forstverwaltung erforderlich.

Die Kosten für diese externen Beauftragungen liegen für den Hoheitsbereich des Referates (Rechtsabteilung, Forstverwaltung) für die beiden Jahre bei ca. 100.000 Euro und für den Abfallwirtschaftsbetrieb München bei rd. 1,9 Mio. Euro. Dem entgegengzurechnen wären Personalkosten, die aufgrund fehlenden Personals nicht angefallen sind.“

Kreisverwaltungsreferat:

„Das Kreisverwaltungsreferat meldet für die vergangenen beiden Jahre einen Einsatz eines externen Mitarbeiters im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung:

Unterstützung EDV im Bereich KVR-II/4 Fahrerlaubnisbehörde

Kosten (aus Budget externe Unterstützung bei IT@M)

2023: 182.403,20 Euro

2024: 88.921,56 Euro

Im Übrigen wird Fehlanzeige vermeldet.“

Kulturreferat:

„In den Jahren 2023 und 2024 waren jeweils befristet insgesamt 6 Leiharbeitskräfte mit Aufgaben betraut, für die kurzfristig kein geeignetes städtisches Personal zur Verfügung stand.

Die Kosten hierfür betragen im Jahr 2023 rd. 83.000 Euro, im Jahr 2024 rd. 116.000 Euro.“

Mobilitätsreferat:

„Zu Ihrer Mail vom 5.12.24 melden wir für das Mobilitätsreferat für die Beantwortung der Ziffer 3 folgende Vergaben, die aufgrund von nicht besetzten Stellen erfolgt sind.

Thema	Vergabezeitpunkt	Wert
Rechtsberatung Datenschutz	05.12.24	Rahmenvertrag über 24.999 €
Rechtsberatung Ladeinfrastruktur	17.12.24	Rahmenvertrag über 19.900 €

Die weiteren Stellenvakanzen in den Jahren 2023 und 2024 haben nicht dazu geführt, dass Aufgaben, die eigentlich in Eigenleistung hätten erbracht werden können, an externe Dienstleister vergeben worden sind. Der LHM sind in diesem Sachzusammenhang keine weiteren Mehrkosten bzw. Mehrausgaben entstanden.“

Personal- und Organisationsreferat:

„Im POR fielen im angefragten Zeitraum Kosten in Höhe von 100.000 Euro an, in denen Beratungsleistungen wegen einer nicht besetzten Stelle von extern eingekauft wurden. Diese Kosten sind als Bruttokosten zu verstehen, d.h. die Personalkosten, die bei einer Besetzung der fraglichen Stelle (JMB E 12 im Jahr 2023: 100.030 Euro) entstanden wären, sind hier nicht gegengerechnet.“

Referat für Arbeit und Wirtschaft:

Es wurde Fehlanzeige gemeldet.

Referat für Bildung und Sport:

„Im RBS (Kernbereich) wurden aufgrund von Personalmangel in den Jahren 2023 und 2024 keine Aufgaben an externe Dienstleister/Auftragnehmer vergeben.“

Referat für Stadtplanung und Bauordnung:

Es wurde Fehlanzeige gemeldet.

Revisionsamt:

Es wurde Fehlanzeige gemeldet.

Sozialreferat:

„Im Sozialreferat sind für Aufgaben, die aufgrund von Personalmangel an externe Dienstleister gegeben wurden, folgende zusätzlichen Sachkosten entstanden:

- 2023: 74.811,85 Euro
- 2024: 54.087,00 Euro

Wir bitten zu beachten, dass hier zwar zusätzliche Sachkosten entstanden sind, dem gegenüber aber aufgrund unbesetzter Stellen deutlich geringere Kosten im Personalhaushalt angefallen sind.“

Stadtkämmerei:

„In der Stadtkämmerei war in den letzten Jahren eine deutlich sinkende Besetzungsquote zu verzeichnen. U.a. durch den Stellenbesetzungsstopp während der Jahre 2020/2021.

Da die Stadtkämmerei über Jahre versucht hat, Aufgabenmehrungen und Zusatzaufgaben ohne große Stellenplanausweitungen zu meistern, hatte dies massive Auswirkungen.

U.a. ist das durchschnittliche Freizeitguthaben der Kolleg*innen deutlich gestiegen.

In der Stadtkämmerei können leider, auf Grund der rechtlichen Prägung, der Komplexität und strategischen Bedeutung, Aufgaben nur sehr bedingt, zeitlich begrenzt, an externe Auftragnehmer*innen vergeben werden. Möglich war dies im Bereich der SKA 3.3 ‚Kommunale Verbindlichkeiten‘. Um hier den auf Grund von Personalmangel entstandenen massiven Stau an zu begleichenden Rechnungen abzubauen und damit Imageschäden für die LHM und Liquiditätsprobleme bei unseren Dienstleistern/Lieferanten zu vermeiden, wurden folgende Arbeitnehmerüberlassungen vorgenommen:

Ausführungszeitraum: 5.12.2022 bis 4.3.2023,
Kosten im Jahr 2022: 21.610,50 Euro,
Kosten im Jahr 2023: 79.599,81 Euro,
Personenanzahl: 5 Leiharbeiter*innen.

Ausführungszeitraum: 10.8.2023 bis 9.10.2023,
Plan-Budget: 150.000 Euro,
Kosten im Jahr 2023: 91.123,34 Euro,
Personenanzahl: 5 Leiharbeiter*innen,
Bei einer Person wurde eine zweimonatige Verlängerungsoption in Anspruch genommen.“

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Freitag, 7. März 2025

Würdigen Informations-, Aktions- und Gedenkort für Frauen* und Femizide schaffen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Beppo Brem, Mona Fuchs, Nimet Gökmenoğlu, Judith Greif, Ursula Harper, Gunda Krauss, Sofie Langmeier, Mo Lüttig, Thomas Niederbühl, Clara Nitsche, Angelika Pilz-Strasser (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste), Kathrin Abele, Simone Burger, Christian Vorländer, Micky Wenngatz (SPD/Volt-Fraktion) und Stefan Jagel (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion)

Wie hoch sind die Einsparungen bei den Frauen*- und Mädchenprojekten in der Landeshauptstadt München?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion)

Nachgehakt: Türkenstraße 52/54: Bezahlbarer Wohnraum vernichtet für die Spekulation

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 07.03.2025

Würdigen Informations-, Aktions- und Gedenkort für Frauen* und Femizide schaffen

Antrag

Die Gleichstellungsstelle der Landeshauptstadt München wird in enger Zusammenarbeit mit Public History und Public Art im Kulturreferat beauftragt, einen zentral gelegenen Informations-, Aktions- und Gedenkort zu schaffen. Dieser soll den Kampf gegen Femizide und patriarchale Gewalt sowie zugleich auch die historischen und aktuellen feministischen sowie queer-feministischen Bewegungen und ihre Errungenschaften dauerhaft im Stadtbild verankern und in der Mitte der Stadt (-gesellschaft) darstellen. Zudem kann dieser Raum als fester Anlaufpunkt für Gedenkveranstaltungen und aktivistische Formate dienen.

Am Frauenplatz soll so nach dem Vorbild der städtischen Dokumentation „Oktoberfest-Attentat“ auf der Theresienwiese eine Anlaufstelle entstehen, die das Thema geschlechtsspezifischer Gewalt nachhaltig thematisiert und über feministische Errungenschaften informiert. Die öffentlich zugängliche Dokumentation und Information, wird durch eine künstlerische Gestaltung oder Intervention im urbanen Raum ergänzt.

In die Konzepterarbeitung sollen auch die maßgeblichen Akteur*innen der Stadtgesellschaft in diesem Bereich (unter anderem Mitglieder der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen) eingebunden werden. Da sich außerdem auch viele Nicht-Münchner*innen bzw. Tourist*innen an diesem Ort aufhalten, sollen die Informationen mehrsprachig zur Verfügung gestellt werden.

Für die Realisierung des Gedenk- und Informationsortes soll auf das vorhandene Public Art-Budget im Kulturreferat zugegriffen werden.

Begründung:

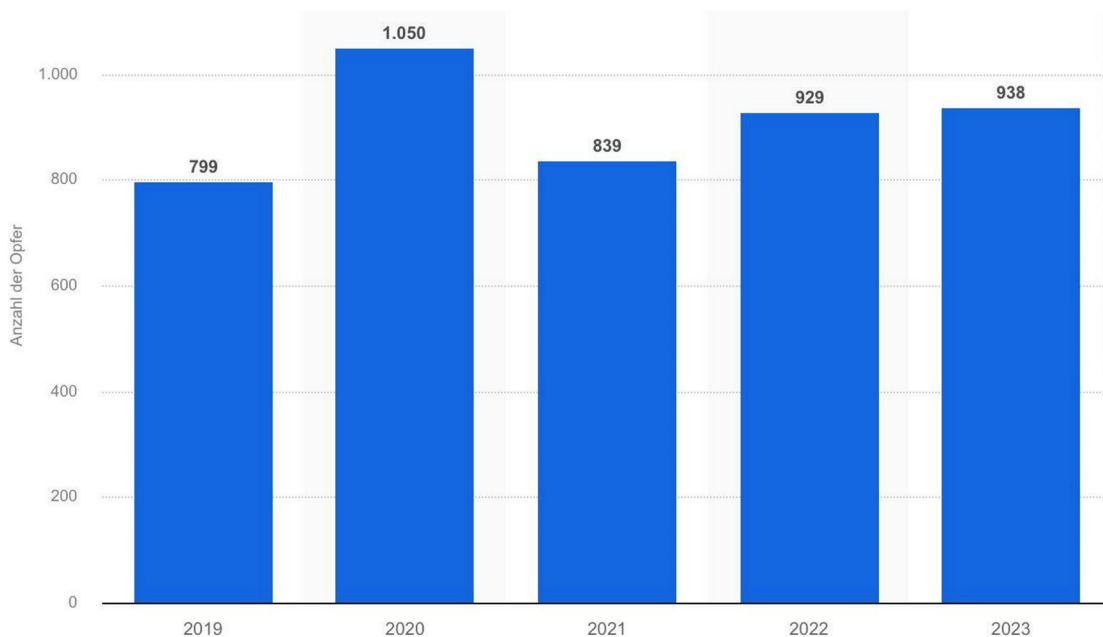
Der geplante Informations- und Aktionsort am Frauenplatz soll die feministischen Errungenschaften sowie den anhaltenden Kampf gegen das Patriarchat und patriarchale Gewalt, deren verheerendste Ausprägungen Femizide und geschlechtsspezifische Gewalt sind, mitten im Stadtraum verankern.

Ein solcher Ort ermöglicht Gedenken, Begegnung, Information und darüber hinaus auch Aktionsformate. Die begleitende gestalterisch-künstlerische Arbeit soll zum Nachdenken und Reflektieren einladen.

Weltweit werden täglich mehrere tausend Frauen, Mädchen, trans und nicht-binäre Menschen aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer Geschlechtsidentität ermordet.

Allein im Jahr 2023 wurden in Deutschland 938 Frauen* und Mädchen Opfer von versuchten oder vollendeten Femiziden, fast täglich wurde eine Frau* in Deutschland getötet. Zudem erleben Frauen* und Mädchen alle drei Minuten häusliche Gewalt und täglich werden mehr als 140 von ihnen Opfer einer sexualisierten Straftat.

Grafische Darstellung der Anzahl polizeilich erfasster Opfer von Femiziden in Deutschland von 2019 bis 2023:



Quellenangabe: Statista 2025

Angesichts der stetig steigenden und alarmierenden Zahlen ist es unerlässlich, das Bewusstsein für geschlechtsspezifische Gewalt zu schärfen und den Betroffenen und Opfern dauerhafte Sichtbarkeit zu geben, indem ein würdiger Ort geschaffen wird, an dem Gedenken, Begegnung, Information und darüber hinaus auch Aktionsformate möglich sind. Ein solcher Ort soll dazu beitragen, die Öffentlichkeit für dieses drängende Problem zu sensibilisieren und ein Zeichen gegen patriarchale Gewalt zu setzen.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Mona Fuchs

Mo Lüttig

Nimet Gökmenoğlu

Judith Greif

Sofie Langmeier

Thomas Niederbühl

Ursula Harper

Beppo Brem

Clara Nitsche

Gunda Krauss

Angelika Pilz-Strasser

Anja Berger

SPD/Volt-Fraktion

Micky Wenngatz

Kathrin Abele

Simone Burger

Christian Vorländer

Fraktion Die LINKE / Die PARTEI

Stefan Jagel

Mitglieder des Stadtrates

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München

München, 7. März 2025

Anfrage

Wie hoch sind die Einsparungen bei den Frauen*- und Mädchenprojekten in der Landeshauptstadt München?

Von den aktuellen Sparmaßnahmen der Landeshauptstadt München sind auch Projekte und Initiativen zur Förderung von Frauen* und Mädchen betroffen. In Anbetracht der gesellschaftlich und politisch wichtigen Rolle, die diese Projekte für die Gleichstellung der Geschlechter und die Förderung von Frauen* und Mädchen in München spielen, stellen sich mehrere Fragen zu den geplanten Kürzungen und deren Auswirkungen.

Der Bundestag hat das Gewalthilfegesetz am 31. Januar 2025 verabschiedet. Auch der Bundesrat hat dem Gesetz am 14. Februar zugestimmt. Mit dem Gewalthilfegesetz wollen Bund, Länder und Kommunen endlich eine rechtliche und finanzielle Grundlage schaffen, die allen Betroffenen häuslicher Gewalt Schutz und Unterstützung garantiert – flächendeckend, niedrigschwellig und vor allem kostenfrei.

Wir bitten vor diesem Hintergrund daher den Oberbürgermeister, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hoch sind die Konsolidierungen bei den Frauen* - und Mädchenprojekten der Landeshauptstadt München im aktuellen Haushalt? Bitte aufschlüsseln nach den jeweiligen Projekten und Referaten.
2. Wie hoch ist der Betrag der nichtausgeglichenen Tarif- und Kostensteigerungen bei den Frauen* - und Mädchenprojekten der Landeshauptstadt München im aktuellen Haushaltsjahr 2025? Bitte aufschlüsseln nach den jeweiligen Projekten und Referaten.
3. Welche spezifischen Frauen*- und Mädchenprojekte oder -initiativen haben mehr Mittel für 2025 beantragt? Welche Projekte haben diese genehmigt bekommen? Welche Projekte haben diese nicht genehmigt bekommen? Wie hoch sind die jeweiligen Beträge? Bitte aufschlüsseln nach den jeweiligen Projekten und Referaten.
4. Welche Auswirkungen haben diese Einsparungen auf die Qualität und das Angebot der Frauen*- und Mädchenprojekte?

5. Gibt es bereits eine Einschätzung, inwieweit dies zu einer Einschränkung der Angebote führen wird?
6. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um sicherzustellen, dass die Frauen*- und Mädchenprojekte auch weiterhin ausreichend finanziert sind, um ihre Arbeit für die Münchener Frauen* und Mädchen weiterhin erfolgreich fortzuführen?
7. Gibt es alternative Finanzierungsmöglichkeiten oder Partnerschaften, die in Betracht gezogen werden, um die Frauen*- und Mädchenprojekte auch in Zeiten von Haushaltskürzungen zu unterstützen?
8. Welche finanziellen Bedarfe schätzt die Verwaltung für die Stadt München zusätzlich aus dem Anspruch aus dem Gewalthilfegesetz für die Träger?
9. Gibt es aus Sicht der Verwaltung zusätzliche personelle Bedarfe für die Landeshauptstadt München, um das Gewalthilfegesetz umzusetzen?
10. Wie schätzt die Gleichstellungsstelle die Zukunft der Frauen*- und Mädchenprojekte unter den gegebenen Rahmenbedingungen im Haushalt ein?

Initiative:

Stadtrat Stefan Jagel

Stadträtin Marie Burneleit

Gezeichnet:

Stadträtin Brigitte Wolf

Stadtrat Thomas Lechner

Stadtratsfraktion

DIE LINKE. / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München

München, 7. März 2025

Anfrage

Nachgehakt: Türkenstraße 52/54: Bezahlbarer Wohnraum vernichtet für die Spekulation

Nach 18 Jahren geht mit der bald bevorstehenden Fertigstellung des „ENSEMBLE No. 52“ in der Türkenstraße 52/54 ein dramatisches Kapitel des Münchner Mietenwahnsinns in die nächste Runde. Nirgends in München wird es deutlicher, dass die angestammte Bevölkerung verdrängt und durch Superreiche ersetzt wird. Bezahlbarer Wohnraum weicht Luxus-Eigentumswohnungen und Anlageobjekten.

2007 wurden die sechs Häuser von der Investorengruppe "Türkenstraße 52/54 GmbH & Co. KG", vertreten durch die Münchner Anwalts-, Steuerberater- und Wirtschaftskanzlei Braun/Leberfinger/Ludwig/Weidinger (BLL) gekauft¹. Kurz darauf fiel für fünf von sechs Häusern der Denkmalschutz. Nachdem die Häuser ab diesem Zeitpunkt Schritt für Schritt entmietet wurden und die Investoren die Genehmigung für einen Abriss und Neubau der Häuser erhalten hatten, wurde der Block 2017 an die REAL Treuhand Immobilien GmbH, eine Tochter der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, verkauft. Da nach zehn Jahren die Spekulationsfrist abgelaufen war, fielen darauf keine Steuern an. 2019 wurde die gute Gebäudesubstanz mit 53 bezahlbaren Wohnungen dann abgerissen. Allein zwischen 2007 und 2019 ist dabei der Bodenpreis um 370 % gestiegen und hat sich somit fast verfünffacht. Leistungslose Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit, die vor allem von den Spekulanten um die BLL eingefahren wurden.

Fünf von sechs Häusern wurden abgerissen und damit bezahlbarer Wohnraum vernichtet. Lediglich die Türkenstraße 54 musste erhalten bleiben, weil der damalige Investor den Denkmalschutz nicht kippen konnte. Dort stehen teilweise vollständig renovierte Wohnungen seit über sechs Jahren leer. Aktuell sind nur noch drei von neun Wohnungen vermietet. Die Stadt hat diesem Leerstand damals gerechtfertigt mit dem Lärm der Bauarbeiten und den möglichen Beginn von Modernisierungsarbeiten am Haus.

¹ <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/maxvorstadt-investoren-schuetteln-den-denkmalschutz-ab-1.32241>

Die Neubauwohnungen werden aktuell als „erlesene Wohnunikate“ vermarktet mit exquisitem Interior-Design – z. T. mit Design-Saunen und Kaminen. Preise von bis zu 30.000 Euro pro Quadratmeter². Reines Betongold. Wie in anderen Fällen in der Stadt ist durchaus wahrscheinlich, dass einige der Wohnungen kaum bewohnt werden, sondern als Anlageobjekt und Opernwohnungen genutzt werden. Erstaunlich ist dabei, dass die Investoren ein Baurecht für sechs Stockwerke erhalten haben, wo früher nur fünf Stöcke waren und auch in der Nachbarschaft im Geviert jeweils höchstens fünf Stockwerke vorhanden sind. Genau dort entstehen die Penthouse-Wohnungen mit bis zu 390m², die völlig am Wohnungsbedarf der Stadt vorbeigehen.

Wir bitten daher den Oberbürgermeister, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hoch beziffert die Stadt München den Bodenwertzuwachs des gesamten Grundstückes vom Zeitpunkt des ersten Verkaufs (2007) bis heute?
2. Im Zuge der Abrissgenehmigung der fünf Häuser aus 2012 wurde ein Neubau mit 3.510 m² Wohnfläche geplant. In den späteren Planungsunterlagen wurden 5.747 m² aufgerufen? Wie kam es zu der Steigerung des Baurechtes um 63,7 %?
3. Die abgerissenen bezahlbaren Wohnhäuser sowie die Häuser in der Umgebung haben bzw. hatten nur maximal fünf Stockwerke. Aus welchem Grund wurde den Investoren in diesem Fall Baurecht gewährt, dass über dem nachbarlichen Standard hinausgeht, wohlwissend, dass dort nur Luxus-Eigentumswohnungen entstehen werden?
4. Welche Maßnahmen hat das Sozialreferat gegen den mittlerweile seit über sechs Jahren bestehenden Leerstand von teilweise renovierten Wohnungen in der Türkenstraße 54 unternommen? Welche Bußgelder wurden gegen den Eigentümer ausgesprochen?
5. Wie bewertet der Oberbürgermeister die Entwicklungen an der Türkenstraße 52/54 in den letzten 20 Jahren?
6. Wurde bislang eine Abgeschlossenheitsbescheinigung für die Türkenstraße 54 beantragt und genehmigt, die eine Grundlage wäre für einen Verkauf der Wohnungen im Sinne der Profitmaximierung?
7. Seit mehr als fünf Jahren wird der öffentliche Raum vor der Türkenstraße 52/54 für die Baustelle genutzt, was zu erheblichen Einschränkungen für die verbliebenen Bewohner*innen und die Nachbarschaft führt. Welche Ausgleichszahlungen hat die Stadt für die Nutzung des öffentlichen Raumes bekommen und wann sollen die Einschränkungen beendet sein?

² <https://ensemble52.de/>

8. Wie will der Oberbürgermeister die verbliebenen Mieter*innen in der Türkenstraße 54 vor einer Verdrängung schützen?

Initiative:

Stadträtin Brigitte Wolf

Stadtrat Stefan Jagel

Gezeichnet:

Stadträtin Marie Burneleit

Stadtrat Thomas Lechner

Stadtratsfraktion

Die Linke / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Freitag, 7. März 2025

Letzter Eislauftag im Prinze am 9. März

Pressemitteilung SWM

Letzter Eislauftag im Prinze am 9. März

(7.3.2024) An diesem Wochenende kann man im Münchner Osten noch unter freiem Himmel auf Schlittschuhen Runden drehen. Sonntag, 9. März, ist dann der letzte Tag der Eislaufsaison im Prinzregentenstadion.

In der Wintersaison 2024/25 zählten die SWM gut 80.000 Eislaufgäste. Im vergangenen Jahr waren es noch 60.000. „Wir freuen uns, dass die Besucherinnen und Besucher so zahlreich unser Eislaufangebot unter freiem Himmel wahrgenommen haben. Unseren engagierten Kolleginnen und Kollegen gelang es ungeachtet des wechselnden Wetters immer wieder, die Eisfläche für die tägliche Nutzung stabil zu halten“, erklärt Nicole Gargitter, SWM Bäderleitung.

Das Prinze-Stadion öffnet mit Start der Freibadsaison im Mai wieder als Sand- und Beachvolleyball-Fläche. Die Sauna im Prinzregentenbad bleibt weiterhin wegen Bauarbeiten geschlossen.